

# **Rede zur Verabschiedung des städtischen Haushaltes 2021 der Stadt Recklinghausen**

Frank Cerny  
Vorsitzender der SPD-Ratsfraktion

**Auf Grund der gegenwärtigen Covid-19-Pandemie wird diese Haushaltsrede vereinbarungsgemäß zu Protokoll gegeben und nicht in der HFA-Sitzung am 22.02.2021 vorgetragen.**



Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tesche,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

### Allgemeine Lage

Was werden wir und was werden nachfolgende Generationen sagen, wenn es eines Tages einen Rückblick auf die Corona-Pandemie gibt? Werden wir feststellen, dass die wirtschaftlichen Schäden und das Ausmaß der Arbeitslosigkeit infolge der Krise geringer ausgefallen sind als wir es befürchtet haben? Oder werden wir sagen, dass die „große Welle“ einer konjunkturellen Krise erst zeitverzögert einsetzte? Werden wir zu unserem „alten Leben“ zurückkehren, so wie wir es uns insbesondere jetzt während des „Lockdowns“ so sehr wünschen? Oder hat uns diese Zeit nachdenklicher werden lassen und gehen wir mit den Dingen, die uns wertvoll und wichtig sind, künftig vorsichtiger und nachhaltiger um?

Das alles wissen wir zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht. Aber, dass die Pandemie bereits jetzt deutliche Spuren hinterlässt, merken wir alle.

Vor ein paar Wochen haben wir in unserer Fraktion digital mit dem Kämmerer und dem Leiter der Kämmerei, Herrn Lubrich, den Haushalt 2021 besprochen, aber insbesondere auch auf das Haushaltsjahr 2020 zurückgeschaut. Trotz anhaltender Corona-Pandemie und unter Berücksichtigung der Sonderhilfe des Stärkungspaktes konnte – nach heutigem Stand - ein positives Jahresergebnis für 2020 erreicht werden.

Aber das lag nur daran, dass vor allem der Bund für die coronabedingten Einnahmeausfälle eingesprungen ist. Allein 10 Mio. Euro haben wir aus Berlin bekommen für die Ausfälle bei den Gewerbesteuern und fast eine weitere Million über das digitale Schulprogramm des Bundes, um nur zwei Beispiele zu nennen.

Derweil hat sich die CDU/FDP-Landesregierung - gelinde gesagt - „einen schlanken Fuß gemacht“ beim Thema „Hilfen für die Kommunen“. Herr Laschet und seine Regierung in Düsseldorf rühmen sich damit, dass sie zum regulären Haushaltsrecht einige Sonderregelungen geschaffen haben. Mit der haushaltsrechtlichen Isolierung wird zwar der verbindliche Haushaltsausgleich erreicht, aber der durch die Pandemie entstandene finanzielle Schaden muss aus eigenen Mitteln aufgefangen und beglichen werden.

Konkret bedeutet das: die Stadt kann die finanziellen Coronaschäden aus dem Haushalt auf einen anderen „Deckel schreiben“. Sie muss diese finanziellen Belastungen aber über einen Zeitraum von 50 Jahren abtragen. Damit sind Jahr für Jahr zusätzliche Belastungen in die künftigen städtischen Haushalte einzuplanen, die dann mehrere Generationen von Kommunalpolitiker\*innen beschäftigen werden. Als Alternative bietet die Landesregierung an, dass die Stadt im Jahr 2024/2025 auf die Allgemeine Rücklage zurückgreift. Konkret müssten wir dann auf unser Eigenkapital zurückgreifen, um uns von den coronabedingten Mehraufwendungen zu befreien. Aber damit würde das Eigenkapital, also unser „Notgroschen“, rapide geschmälert werden.

Was hat also die schwarz/gelbe Landesregierung bisher an finanzieller Hilfe für Städte und Gemeinden auf die Beine gestellt? Gar nichts! Mit dem gelockerten Haushaltsrecht hat sie den Kommunen lediglich einen „Persilschein“ zur weiteren Verschuldung eingeräumt. Aber egal, für welche Variante wir uns entscheiden - Abschreibung über

50 Jahre oder Rückgriff auf unseren „Notgroschen“ - wir landen bei beiden Varianten in einer „Vergeblichkeitsfalle“. Denn wir berauben uns der Möglichkeit, in Kindergärten, Schulen, Sporteinrichtungen und Straßen zu investieren.

Und wir haben noch einen weiteren Mühlstein um unseren Hals liegen. Es sind unsere Altschulden in Höhe von rd. 180 Mio. Euro, für die wir Zinsen zahlen müssen. Geld, welches wir anderswo sinnvoll einsetzen könnten.

Olaf Scholz hat bereits mehrfach gesagt, dass der Bund bereit ist, einen Altschuldenfonds aufzulegen und die Hälfte der kommunalen Schulden zu übernehmen. Die andere Hälfte soll von den Ländern übernommen werden.

Man mag bei diesem Vorschlag ja als bayerischer Landespolitiker noch geneigt sein zu sagen, „Was interessieren mich die verschuldeten Kommunen in NRW?“, obwohl gerade unsere Region insbesondere dem Freistaat nach dem zweiten Weltkrieg finanziell massiv auf die Beine geholfen hat. Dass aber der Ministerpräsident des Landes NRW, in dem viele Kommunen auf den Altschulden wie auf einer tickenden Zeitbombe sitzen, sich bei dem Thema nicht nur verweigert, sondern auch keine Alternative benennt, ist an finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten.

Wir fordern von der NRW-Landesregierung, dass sie

1. ihre Blockadehaltung endlich aufgibt und den Weg für einen „Altschuldenfond“ freimacht,
2. angesichts der prognostizierten Ausfälle bei den Gewerbesteuern in Höhe von 8,6 Mio. Euro und 11 Mio. Euro Mindereinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen für unsere Stadt endlich echte Finanzhilfen leistet und nicht länger mit billigen Buchhaltertricks aufwartet.

### Freie Spitze

Rund 292.000 Euro beträgt in diesem Jahr die „freie Spitze“ für investive Maßnahmen. Und angesichts der Tatsache, dass wir alle nicht absehen können, wie hoch die Corona-Schäden für Recklinghausen ausfallen werden, fiel es uns schwer, überhaupt darüber nachzudenken, ob und wie wir das Geld investieren wollen.

Überzeugt hat uns aber das Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger, die mit ihren Leistungen und ihrer Bereitschaft zur gesellschaftlichen Mitarbeit dafür sorgen, dass unsere Stadt auch in Pandemie-Zeiten lebens- und liebenswert bleibt, dass es eine Zeit nach Corona geben wird und wir durch Zusammenhalt diese Krise gemeinsam überwinden werden.

Aus diesem Grund haben wir auch in diesem Jahr wieder Maßnahmen vorgeschlagen, von denen wir meinen, dass es gut angelegtes Geld ist. Dabei ist es uns wichtig, dass die Menschen - vor allem Kinder, Jugendliche und Familien mit geringem Einkommen - von dem Geld profitieren.

Für das Außengelände des Kinderschutzbundes an der Wildermannstraße werden mit Fußballtoren und Sitzgelegenheiten neue Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten geschaffen.

Auf dem Spielplatz an der Mährenfurt gibt es bislang kein Spielgerät für Kleinkinder. Wir möchten das ändern und stellen für die Anschaffung eines Spielgerätes 15.000 Euro zur Verfügung.

Der Verein c3re auf dem Gelände des ehemaligen Schacht 7 an der Dorstener Straße leistet seit Jahren wertvolle Kinder- und Jugendarbeit im Bereich der digitalen Welt, die - wie wir aufgrund der Pandemie nun wissen - immer mehr an Bedeutung gewinnt. Dieses ehrenamtliche Engagement wollen wir mit 10.000 Euro für Investitionen zum Ausbau des Lern-Angebotes unterstützen.

Der Garten AG der Dietrich-Bonhoeffer-Realschule wollen wir bei der Anschaffung von Hochbeeten helfen. Die engagierten Schüler\*innen können damit eine brachliegende Fläche des Schulhofes aufwerten und lernen zugleich den Umgang mit der Natur.

In Gesprächen mit zahlreichen Schulleitungen haben wir erfahren, dass es Klassenräume an Recklinghäuser Schulen gibt, die sich in den Sommermonaten extrem aufheizen und direkter Sonneneinstrahlung ausgesetzt sind. Aufgefallen ist das, als im vergangenen Jahr coronabedingt zusätzliche Klassenräume geschaffen werden mussten, die sich zumeist in den Obergeschossen der Schulgebäude befinden. Um Abhilfe zu schaffen, werden hierfür 30.000 Euro zur Verfügung gestellt. Eine sinnvolle Investition, weil die Räume dann auch nach der Pandemie weiter von den Schulen genutzt werden können und sich die Raumsituation entspannt.

Das Thema „Schule und Digitalisierung“ war schon vor Corona in aller Munde. Durch die Pandemie haben wir aber erst gesehen, wie groß noch das Defizit in diesem Bereich ist. Insbesondere, wenn es um die technische Ausstattung geht. Kein Kind darf abgehängt werden, wenn es um das digitale Lernen geht! Egal, ob in Zeiten einer Pandemie mit Lernen von zu Hause aus oder auch danach.

Es war richtig, dass die Stadt bereits digitale Endgeräte mit Hilfe des Bundes und auch nochmals aus eigenen Mitteln angeschafft hat. Das werden, wenn alle Geräte mit der richtigen technischen Ausstattung geliefert wurden, rd. 4.100 Stück für Schüler\*innen und rd. 2.200 für Lehrer\*innen sein. Und es ist außerdem eine Entlastung, dass Bundesarbeitsminister Hubertus Heil bundesweit alle Jobcenter angewiesen hat, digitale Endgeräte für Kinder aus Familien zu finanzieren, die SGB II-Leistungen beziehen, sofern die Schule den Kindern noch kein Endgerät zur Verfügung stellen konnte.

Aber das reicht noch nicht aus. Denn unberücksichtigt bleiben beispielsweise Kinder aus Familien, deren Einkommen nur knapp über der Grenze liegt, um Anspruch auf Leistungen vom Jobcenter zu haben. Oder Kinder aus Familien, die Hilfen durch das Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Damit auch Kinder in diesen Familien nicht vom digitalen Lernen abgehängt werden, haben wir uns gemeinsam mit CDU und Grünen darauf verständigt, dass wir nochmals zusätzliche Mittel aus der freien Spitze in Höhe von 100.000 Euro bereitstellen, damit die Stadt weitere Endgeräte anschaffen kann. Diese sollen dann von den Schulen ausgegeben werden.

### Projekte zu vorhanden Haushaltsstellen

Unser Radwege-Netz gewinnt immer mehr an Bedeutung für die Nahmobilität und leistet einen maßgeblichen Beitrag zu mehr Klimaschutz. Wir haben uns in der letzten Ratsperiode gegenseitig zugesagt, dass wir nicht nur den „Klimanotstand“ ausrufen

wollen, sondern auch Taten folgen lassen. Deshalb wollen wir unsere städtischen Radwege Zug um Zug weiter ausbauen und in die Infrastruktur investieren. Die SPD-Fraktion schlägt dem Rat vor, die Douaistraße - im Abschnitt August-Schmidt-Ring bis Höhenweg/Frankenweg - mit einer gut zu befahrenden Fahrbahnoberfläche zu versehen und sie dann - in der Verlängerung des Frankenwegs - als Fahrradstraße auszuweisen. Die Herstellung des Fuß- und Radwegs soll aus den Mitteln der Haushaltsposition „Netzwerkbildung von Radwegen“ erfolgen. Damit schaffen wir eine durchgehend gute und vor allem vom Straßenverkehr fernab liegende Verbindung zwischen den Stadtteilen Suderwich, Ost und der Innenstadt.

Unabhängig von den Haushaltsberatungen schlagen wir die Ausweisung weiterer Fahrradstraßen im Stadtgebiet vor. Der Panhütterweg, die Annastraße und Brinkstraße sind allesamt beliebte Freizeit- und Alltagsrouten. Die Ausweisung dieser Straßen zu Fahrradstraßen wird seitens der Verwaltung ohne größeren Aufwand möglich sein, es bedarf im Wesentlichen nur einiger Schilder und Markierungen. Das dürfte unserer Einschätzung nach schnell gemacht und kostengünstig sein. Die o.g. Straßen lassen sich auch optimal in ein zusammenhängendes Fahrradstraßen-Netz integrieren und Lücken werden dadurch geschlossen. Darüber hinaus verbinden sie Stadtteile und ermöglichen Radfahrer\*innen ebenfalls die sichere und abgasarme Umgehung von Hauptverkehrsstraßen.

Zusätzlich schlagen wir dem Rat die Beleuchtung von Freizeitradwegen vor. So soll aus dem Zuschuss in Höhe von 400.000 Euro, den der Rat der Recklinghäuser Beleuchtungsgesellschaft gewährt hat, die König-Ludwig-Trasse im Abschnitt Ortlostraße bis zur Emscher-Brücke eine insektenfreundliche und energiesparende - neudeutsch also eine „smarte“ - Beleuchtung erhalten. Die Installation kann in einem Zug mit den vorgesehenen Asphaltierungsarbeiten erfolgen.

Zahlreiche Bürger\*innen haben uns gegenüber den Wunsch geäußert, dass das Teilstück der Kunstmeile von Hubertusstraße bis Herner Straße beleuchtet werden soll. Dieses Stück der Trasse wird als Freizeit- und Alltagsroute genutzt, um beispielsweise die Nahversorger im Bereich der Hubertusstraße und der Castroper Straße anzufahren. In den Wintermonaten und in den frühen Morgen- bzw. Abendstunden liegt der Fuß- und Radweg jedoch im Finsternen und das Sicherheitsempfinden vieler Nutzer\*innen ist negativ. Die Recklinghäuser Beleuchtungsgesellschaft soll deshalb auf diesem Abschnitt Abhilfe schaffen.

In der Südstadt mehrt sich der Unmut über die mangelhafte Beleuchtung im Südpark. Vielen Bürger\*innen ist der Südpark vor allem nach Einbruch der Dunkelheit nicht mehr geheuer. Manche Wege im und am Park sind gar nicht beleuchtet. Das gilt etwa für den Florian-Polubinski-Weg. Aus diesem Grund beantragen wir, dass sich die städtische Beleuchtungsgesellschaft dieser „schwarzen Löcher“ im Park annimmt und die Wege mit Laternen versieht.

Zudem haben aufmerksame Bürger\*innen erneut darauf hingewiesen, dass die bereits im vergangenen Jahr beantragte Beleuchtung am Verbindungsweg zum Kinderspielplatz an der Dechant-Wessing-Straße noch immer nicht installiert wurde. Auch dieses Manko lässt sich durch die Aufstellung von wenigen Lampen beheben.

## Weitere Haushaltsbereiche und Ausblick

Der geplanten Kürzung des Haushaltsansatzes „Angebote für Kinder und Jugendliche im außerschulischen Bereich“ haben wir von Anfang an widersprochen. Der vorhandene Investitionsstau auf den Spielflächen resultiert nicht - wie von CDU und Grünen behauptet - am mangelnden Interesse des Fachbereichs, der mit der Bestellung und Installation der Spielgeräte beauftragt ist. Es liegt vielmehr daran, dass nicht genügend Mitarbeitende vorhanden sind, die die bestellten Spielgeräte auf den Flächen austauschen und/oder installieren können. Auf diesen Umstand hat der zuständige Dezernent bereits vor längerer Zeit hingewiesen und deutlich gemacht, dass hier dringender Handlungsbedarf besteht. Der Bürgermeister als zuständiger Personaldezernent sitzt jedoch das Problem bis heute aus.

Was die Mittel für die Spielplätze angeht, so freuen wir uns, dass unsere Argumente bei CDU und Grünen auf Zustimmung gestoßen sind und nun der ursprüngliche Ansatz in Höhe von 256.000 Euro unverändert im Haushalt bestehen bleibt. Jetzt erwarten wir, dass auch der Bürgermeister aktiv wird, damit die personelle Ausstattung endlich in Angriff genommen wird.

Von dieser Haushaltsverabschiedung wird auch ein Signal ausgehen. Ein Signal in Richtung der zahlreichen Vereine und Verbände, die eine unschätzbare und unverzichtbare Arbeit - häufig unterstützt durch starkes ehrenamtliches Engagement - leisten. Sei es im Bereich der Wohlfahrtspflege, im Sportbereich und weiteren wichtigen Bereichen unserer Stadtgesellschaft. All diese Organisationen haben durch den Haushaltssanierungsplan auf freiwillige Zuschüsse der Stadt verzichten müssen. Sie haben dennoch nicht aufgegeben, sondern so gut es ging ihre Arbeit fortgesetzt, auch wenn dieses teilweise nur unter erschwerten Bedingungen möglich war. Ihnen wollen wir zeigen, dass wir ihre Arbeit wertschätzen und wir ihre Angebote für unsere Bürgerinnen und Bürger brauchen. Deshalb werden wir mit der heutigen Haushaltsverabschiedung die Verwaltung beauftragen, dass sie bei der Aufstellung des nächsten Haushaltsentwurfs die gekürzten städtischen Zuschüsse ab 2022 jährlich um 2,5 Prozent anhebt, damit schrittweise wieder das Niveau erreicht wird, welches vor der Haushaltssanierung bestand.

Abschließend möchte ich mich bedanken:

- bei den Mitgliedern unserer SPD-Fraktion, die diesen städtischen Haushalt über Tage diszipliniert und engagiert in diversen digitalen Veranstaltungen beraten und gute Ideen entwickelt haben,
- bei Herrn Grunwald, Herrn Lubrich, Norbert Höving und Axel Fritz, die uns bei unseren Beratungen hilfreich unterstützt haben,
- bei den Fraktionsspitzen von CDU und Grünen für die konstruktive Beratung, die zu guten Ergebnissen für unsere Bürgerinnen und Bürger geführt haben.

Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushaltsentwurf 2021 zu. Alles Gute und bleiben Sie gesund!